

Kontinuität und Diskontinuität: Banken und Industrie in Mitteleuropa im 20. Jahrhundert

Seit der Jahrhundertwende war die Bedeutung der wechselseitigen Beziehungen zwischen Banken und Industrie Gegenstand von Spekulationen und Debatten. Es ging um die Frage der Förderung oder Behinderung industrieller Entwicklung durch die Banken, um ihren Einfluß auf den Konzentrationsprozeß in der Industrie, auf den Verlauf von Konjunkturzyklen und auf das langfristige wirtschaftliche Wachstum. Diese Diskussion unter Wirtschaftshistorikern erhielt Mitte der sechziger Jahre mit Alexander Gerschenkrons Essay *Economic backwardness in historical perspective* einen weiteren Impuls. Vor kurzem hat die Wiederentdeckung von Rudolf Hilferdings *Finanzkapital* (1981 das erste Mal ins Englische übersetzt) einmal mehr die Aufmerksamkeit auf die Frage der Beziehungen zwischen Finanz- und Industriekapital gelenkt. Die Überzeugungskraft der Zugänge von Gerschenkron und Hilferding, die, obwohl ähnlich, sich in den allgemeinen Schlußfolgerungen substantiell unterscheiden, hat nicht nur das Denken der Wissenschaftler, sondern auch – wie im Falle Hilferdings – einen politisch weiter orientierten Leserkreis beeinflußt.¹ Der aktuelle Stand der Forschung gibt Gelegenheit zu einer Neubewertung der Thesen dieser beiden wichtigen Autoren.

Der Schwerpunkt wird hier auf Universal- oder Kommerzbanken liegen, d. h. auf jenen Institutionen, die die kurzfristigen Geschäfte von Depositenbanken mit dem langfristigen Engagement als Investoren verbinden und auch im

¹ Vladimir I. Lenin hat sich in der Formulierung seiner Theorien über den Imperialismus der Thesen Hilferdings bedient. Für eine neuere Arbeit, die den Einfluß Hilferdings untersucht, vgl. Heinrich August Winkler, *Organisierter Kapitalismus. Voraussetzungen und Anfänge*, Göttingen 1974.

Aktienhandel tätig sind – mit der Verwaltung von Portfolios ihrer Klienten oder aber auch dem Erwerb von Anteilen und Abstimmungsrechten (für ihre eigenen Aktien und jene ihrer Kunden) in den Generalversammlungen von Aktiengesellschaften. Mit Ausnahme Großbritanniens und möglicherweise Frankreichs wurde dieser Bankentyp während der raschen Expansion des Kapitalismus zwischen 1880 und 1914 in ganz Europa vorherrschend. Es entwickelten sich enge Verbindungen zwischen Industrieunternehmen und Banken, aber das Tempo dieses im wesentlichen ähnlich ablaufenden Annäherungsprozesses war in den einzelnen Ländern unterschiedlich.

Räumlich wird diese Untersuchung auf Mitteleuropa eingegrenzt, wo die Verflechtung von Banken und Industrien besonders ausgeprägt war. In der Literatur wurde Deutschland oft als ein ‚Modell‘ dieses Prozesses betrachtet, für Österreich besteht in dieser Hinsicht weniger Übereinstimmung unter den Kommentatoren. Österreich-Ungarn – und nach 1918 die einzelnen Nachfolgestaaten der Doppelmonarchie – wurde in bezug auf den Grad der Vernetzung zwischen Banken und Industrie oft als abschreckendes Beispiel betrachtet. Doch Universalbanken entwickelten sich auch in den skandinavischen Ländern in ähnlicher Weise. Dies wird durch die jüngsten Forschungen schwedischer Kollegen offensichtlich.² Es wird hier auch die Gelegenheit genützt, auf die Ergebnisse eines Forschungsprojekts unter der Leitung der Autorin zurückzugreifen, das die Analyse der Kreditfinanzierung der Industrie, die von Banken in Österreich, der Tschechoslowakei, Ungarn und Schweden getätigt wurde, mit einem Team von Wissenschaftlern aus diesen Ländern sowie aus Australien und Großbritannien zum Inhalt hat.³

2 Vgl. bes. Håkan Lindgren, *Banking group investments in Swedish industry*, Uppsala Papers in Economic History, Research Report 15; Ragnhild Lundström, *Banks and early Swedish multinationals*, in: Alice Teichová, Maurice Lévy-Leboyer u. Helga Nußbaum, Hg., *Multinational enterprise in historical perspective*, Cambridge 1986, 200–217.

3 Das Forschungsprojekt „Banks and the financing of industry in Austria, Hungary and Sweden, c. 1900–1939“ begann im Oktober 1986. Die Teilnehmer sind: Elisabeth Boross (Melbourne), Philip Cottrell (Leicester), Mats Larsson, Håkan Lindgren, Ragnhild Lundström, Jan Ottosson und Hans Sjörgen (Uppsala), Herbert Matis, Alois Mosser, Fritz Weber (Wien); György Ránki (bis zu seinem plötzlichen, vorzeitigen Tod im Februar 1988 – wir alle vermischen ihn sehr) und Agnes Pogány (Budapest). Ich möchte meinen Dank an die Leverhulme Foundation richten, die es mir durch ein Emeritus Fellowship ermöglicht hat, das Projekt zu leiten. Mein Dank gilt auch dem Economic and Social Research Council (ESRC) für eine generöse Förderung, die es mir nicht nur möglich machte, weiterzuarbeiten, sondern auch das

Die Verbreitung der Universalbanken in ganz Europa begleitete die rapide Zunahme von Großunternehmen, formalen Kartellen und anderen monopolistischen und oligopolistischen Strukturen. Dies führte zu Besorgnis über die exzessive Konzentration wirtschaftlicher Macht und über die offensichtliche Dominanz von Banken über Industrieunternehmen. Die Alarmierung von Zeitgenossen wird durch das erste Buch über Kartelle, von Friedrich Kleinwächter geschrieben und 1883 in Innsbruck publiziert, angedeutet. Es mag beinahe unpassend erscheinen, daß diese erste systematische Beschreibung der Konzentrationstendenzen in der Industrie, im Handel und im Finanzsektor in der Österreichisch-Ungarischen Monarchie entstanden ist, in einem Land, für das in der wirtschaftshistorischen Literatur oft eine verspätete Industrialisierung behauptet worden ist. Meiner Meinung nach wurde die Rückständigkeit der österreichisch-ungarischen Wirtschaft in makroökonomischen Darstellungen oft überbetont. Die Ansicht der ‚Schwerfälligkeit‘ wird immer noch vertreten, weitgehend wegen der Auswirkungen der Ungleichheit der wirtschaftlichen Entwicklung innerhalb der Doppelmonarchie.⁴ Die Aufmerksamkeit ist dabei oft auf ihre südöstlichen Gebiete gerichtet, die zu den wirtschaftlich rückständigsten Regionen in Europa gehörten und die dann mit den westlichen „Ländern“ (Böhmen, Mähren, Schlesien und Österreich) verglichen werden, die eine ‚Industrielle Revolution‘ nach westeuropäischem Muster erfuhren. Diese räumlich differenzierte kapitalistische Entwicklung Österreich-Ungarns kann mit Gerschenkrons These der relativen ökonomischen Rückständigkeit nicht befriedigend erklärt werden.⁵

Entgegen der unter Wissenschaftlern weit verbreiteten Annahme, daß Deutschland nach dem Scheitern der *Crédit Mobilier* in Frankreich die ‚Heimat‘ der Universalbanken geworden sei, kann für die Zeit ab dem letzten Viertel des 19. Jahrhunderts die reinste Form dieses Bankentypus in Österreich-

Projekt auf die Tschechoslowakei auszuweiten. Hier nehmen folgende Wissenschaftler an dem Projekt teil: Vlastislav Lacina, Jan Hájek, Jiří Novotný, Jiří Šouša und Jaroslav Pátek (alle Praha).

4 Eine ausgeglichene Ansicht findet sich in Richard Rudolph, *Banking and industrialization in Austria-Hungary*, Cambridge 1976; John Komlos, *The Habsburg monarchy as a customs union*, Princeton 1983; David Good, *The economic rise of the Habsburg empire, 1750–1914*, Berkeley u. Los Angeles 1984.

5 Gerschenkron versuchte, wenig überzeugend, seine Theorie auf Österreich anzuwenden: *An economic spurt that failed*, Princeton 1977, 45–84.

Ungarn gefunden werden. Zeitgenossen, sogar höhere Beamte des österreichischen Finanzministeriums, betrachteten die Verflechtungen von Banken- und Industriekapital als ein Machtverhältnis und vermuteten die Macht in ihrer expressivsten Form auf der Seite der Banken.⁶ Wieder, wie bei der Frage der Kartelle, gründete der erste Versuch, das Verhältnis von Banken und Industrie zu analysieren, auf der These von der spezifischen Wirtschaftsstruktur Österreich-Ungarns. Rudolf Hilferdings *Finanzkapital*, abgeschlossen 1909 und 1910 in Wien veröffentlicht, war von den Bedingungen Österreich-Ungarns beeinflusst. Wie er sagte: „In Österreich ist daher der direkte und bewußte Einfluß des Bankkapitals auf die Kartellierung am leichtesten nachzuweisen.“⁷

Hilferding untersuchte die wechselseitige Verflechtung von Banken- und Industriekapital, das er „Finanzkapital“ nannte, nicht nur für Österreich, sondern auch für Deutschland. Dort steigerte sich die Finanzierung großer Industriekonzerne durch die Banken vor 1914 in einem solchen Ausmaß, daß Hilferding daraus den überstürzten Schluß von der Überlegenheit der Banken über die Industrie zog und daraus folgerte, der Kapitalismus könne in einem Streich vom Sozialismus abgelöst werden. Er schrieb: „Die Besitzergreifung von sechs Wiener Großbanken würde ja heute schon die Besitzergreifung der wichtigsten Sphären der Großindustrie bedeuten und in der Übergangszeit, solange kapitalistische Verrechnung sich noch als opportun erweist, die Politik des Sozialismus in ihren Anfängen außerordentlich erleichtern.“⁸

Der beherrschende Einfluß der Banken auf die Industrie wurde und wird noch immer angenommen. Die renommierte deutsche *Frankfurter Allgemeine Zeitung* veröffentlichte vor einigen Jahren einen voluminösen Überblick über die Banken und Banksysteme der Welt, in dem die ‚Universalität‘ als die Grundlage der Macht der europäischen Banken betrachtet wird.⁹ Obwohl dies als eine Vereinfachung anzusehen ist, könnte sich die Hypothese der potentiell hierarchischen Beziehung von Banken und Industrieunternehmen in der empirischen Forschung als nützlich erweisen.

Gerschenkron, der ebenfalls einen österreichisch-ungarischen Hintergrund hatte, reproduzierte im wesentlichen die Gedankenkette von Hilferding, als er

6 Vgl. Eduard März, Einleitung zu Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, Wien 1968, 14.

7 Rudolf Hilferding, *Das Finanzkapital*, 3. Aufl., Wien 1977, 291.

8 Ebd., 504.

9 M. Kruk, Macht als Aufgabe, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung* vom 10. Mai 1977, *Banken international*, Beilage, 15.

die Rolle der Banken sowohl bei der Finanzierung von Industrieunternehmen als auch bei der Herbeiführung von Konzentrationen hervorstrich. Wenn es darüber hinaus um die Annahme der von den Banken ausgeübten Kontrolle über die von ihnen betreuten Industrieunternehmen geht und um die Kapital- oder Kreditbeteiligungen sowie um die Vertretung der Banken in den Aufsichtsräten der von ihnen finanzierten Unternehmen, waren seine Ideen denen Hilferdings nicht unähnlich. Gerschenkron zog aber einen völlig anderen Schluß aus diesem Verhältnis. Er betrachtete die Abhängigkeit der Industrieunternehmen von Banken nicht als ein notwendiges Resultat kapitalistischer Entwicklung, sondern als ein Charakteristikum, das auf eine Gruppe von ‚Nachzüglern‘ in der industriellen Entwicklung beschränkt und nur für eine bestimmte Phase ihrer Geschichte charakteristisch gewesen sei. Dies habe nur so lange angehalten, bis der anfängliche Kapitalmangel überwunden war.¹⁰ Daher schrieb Gerschenkron den Kreditbanken relativ rückständiger europäischer Staaten vor 1914 eine „missionarische“ Rolle zu. Allerdings setzten die Banken nach Meinung anderer Autoren diese „missionarischen“ Aktivitäten ohne Unterbrechung bis in die Zwischenkriegszeit fort. Nach 1918 förderten Banken jedoch nicht so sehr Industrieunternehmungen, sondern waren vor allem bemüht, die von ihnen finanzierten industriellen Unternehmen zu retten.¹¹

Gerschenkrons Thesen haben besonders in Österreich, Deutschland und Schweden empirische Arbeiten seiner Schüler und anderer Wissenschaftler stimuliert und diese veranlaßt, die Rolle von Banken in ‚Nachzügler‘-Ökonomien (ein Ausdruck, der generell für jedes europäische Land akzeptiert wird, mit der Ausnahme von Großbritannien und vielleicht auch von Frankreich) zu untersuchen. Allerdings haben diese Nachfolgestudien Gerschenkrons These in beinahe allen Punkten widerlegt. In bezug auf die Periode vor 1914 wurde befunden, daß die Annahmen von der Kapitalknappheit und der entscheidenden Rolle der Banken für die Finanzierung der Industrialisierung einer Revision bedürfen. Auch die These vom beherrschenden Einfluß der Banken auf die Industrie, zuerst von Hilferding formuliert, wurde einer neuerlichen Prüfung unterzogen. Die Forschungen von Volker Wellhöner und Harald Wixforth haben das Ausmaß des Einflusses der Banken in der deutschen Wirtschaft in der Wilhelminischen und

10 Gerschenkron, *Economic spurt*, wie Anm. 5, 14.

11 Eduard März und Fritz Weber, *Commentary*, in: Alice Teichová u. Philip L. Cottrell, *International business and Central Europe 1918-1939*, Leicester 1983, 342.

Weimarer Zeit untersucht. Sie benützten die noch existierenden Quellen der größten deutschen Schwerindustriekombinate und zeigten in ihren Schlußfolgerungen die Notwendigkeit einer viel stärkeren Differenzierung in den Aussagen über das Bank-Industrie-Verhältnis auf.¹² Richard Tilly beurteilt das fragliche Verhältnis in seiner Studie über das kommerzielle Bankwesen in Deutschland zwischen 1870 und 1913 als „Entwicklungshilfe für den Starken“.¹³

Obwohl es mittlerweile mehrere empirische Studien über die Verflechtung von Banken und Industrien in Europa vor 1914 gibt, wurde bisher über dieses Verhältnis in der Zwischenkriegszeit wenig publiziert. Nur wenige Forscher hatten Zugang zu Unternehmens- und Bankarchiven, was dazu führte, daß die Forschungen beinahe zufällig, sicherlich aber fragmentarisch und unkoordiniert blieben. Die Thesen und Modelle, die für das Universalbankwesen vor 1914 formuliert wurden, können auch auf die Forschungen über die Zwischenkriegszeit angewendet werden, da der Erste Weltkrieg keine Unterbrechung im Prozeß der Konzentration des Industrie- oder des Bankkapitals dargestellt hat. Der Erste Weltkrieg beschleunigte eher eine solche Konzentration, und die Kreditfinanzierung der Industrie durch die Banken blieb weiterhin notwendig. Die Nachkriegsinflation und die Finanzkrisen erhöhten den Bedarf an Krediten. Daher werde ich im folgenden die Verflechtungen von Industrien und ‚Universalbanken‘ für die Zeit von der Jahrhundertwende bis zum Ende der dreißiger Jahre darstellen.

Österreich-Ungarn

Was das Volumen des Finanzvermögens der Aktienbanken betrifft, schnitt der Finanzsektor Österreich-Ungarns vor 1914 im Vergleich mit anderen entwickelten europäischen Ökonomien sehr gut ab. Wie in Deutschland bevorzugten es die Universalbanken der Monarchie, Kredite an solche Firmen auszugeben, die entweder eine gute Ertragslage hatten oder die in einem langfristigen Kunden-

12 Volker Wellhöner, *Großbanken und Großindustrie im Kaiserreich*, Göttingen 1989; Harald Wixforth, *Banken und Schwerindustrie in der Weimarer Republik*, unveröffentlichte phil. Diss., Bielefeld 1990.

13 Richard Tilly, *German banking 1870–1914. Development assistance for the strong*, in: *Journal of European Economic History* 15 (1986), 113–152.

verhältnis zur Bank standen.¹⁴ Die führende österreichische Kommerzbank, die *Creditanstalt für Handel und Gewerbe*, war seit ihrer Gründung in den 1850er Jahren in Zusammenhang mit der Finanzierung von Industrieunternehmen wenig an der Förderung des unternehmerischen Geistes interessiert.¹⁵ Ähnlich wie in Deutschland untermauern die Quellen die Auffassung nicht, daß die Banken die „missionarische“ Aufgabe der Förderung der Industrialisierung in Österreich erfüllt hätten.

Allerdings bewirkten rechtliche und fiskalische Bedingungen in Österreich-Ungarn ein spezifisches Verhältnis zwischen Banken und Industrie. Industrieaktiengesellschaften versuchten, langfristige Kredite zu vermeiden und ihren Kapitalbedarf über die Ausgabe neuer Anteile durch die Banken zu decken, weil das Steuersystem das Wachstum von Aktiengesellschaften nicht begünstigte. Die Gesetzgebung behinderte bis zu ihrer Erneuerung 1899 die Entwicklung eines adäquaten Kapitalmarktes.¹⁶ Als Konsequenz wurde der Kapitalmarkt durch die großen Kreditbanken ersetzt.

Nach Alois Mossers Analyse österreichischer Unternehmensbilanzen für die Periode von 1880 bis 1914 erlangte die Mehrheit der Aktiengesellschaften Kapital auf zwei Hauptwegen: erstens durch die Reinvestition ihrer eigenen finanziellen Ressourcen und zweitens durch die Aufnahme von kurzfristigen Krediten bei den Banken, wobei diese nach und nach durch die Ausgabe von Anteilen amortisiert wurden. In aggregierten Zahlen wuchsen Kredite an Aktiengesellschaften in der Periode von 1880 bis 1913 um das Vierfache, während langfristige Kredite gegenüber kurzfristigen abnahmen.¹⁷ Das österreichische Bankensystem spielte – wie in anderen entwickelten Ländern auch – die übliche Funktion der Akkumulation und der Mobilisierung von Kapital, aber es übernahm eine viel aktivere Rolle im Gebrauch solchen Kapitals.¹⁸ Nachdem es keine rechtlichen Beschränkungen des Aktieneigentums von Banken gab, wurden die Bankkredite durch Anteile an den kreditierten Unternehmen abgesichert, vorzugsweise

14 Rudolph, *Banking and industrialization*, wie Anm. 4, 104.

15 Eduard März, *Österreichische Bankpolitik in der Zeit der großen Wende 1913–1923*, Wien 1981, 55.

16 Herbert Matis u. Karl Bachinger, *Österreichs industrielle Entwicklung*, in: Alois Brusatti, Hg., *Die Habsburgermonarchie, Bd. 1: Die wirtschaftliche Entwicklung*, Wien 1973, 216; Alois Mosser, *Die Industrieaktiengesellschaft in Österreich 1880–1913*, Wien 1980, 184.

17 Mosser, *Industrieaktiengesellschaft*, wie Anm. 16, 113, 134.

18 Rudolph, *Banking*, wie Anm. 4, 159.

durch solche an den größten und sichersten Industrieunternehmen. Die Banken stärkten ihre Überwachung von Kundengesellschaften durch die Verknüpfung der Firmenleitungen und befürworteten zugleich die Kartellbildung, wenn sie nicht sogar selbst deren Initiatoren, Vermittler oder Ausführende waren. Sie betrieben vielfach Marketing für die Unternehmen ihrer Einflußsphäre oder agierten bei der Kartellbildung als Kartellbüro für ganze Industriesektoren, wie für die Zucker-, Kohle- und Holzindustrie.

Im Jahr 1914 verfügten die acht größten Wiener Banken über ungefähr zwei Drittel des gesamten Kapitals aller Finanzinstitutionen Cisleithaniens.¹⁹ Diese Institutionen hatten sich strategische Positionen in beinahe allen Industriebranchen gesichert und ihr Einfluß reichte von Wien aus in alle Teile der Doppelmonarchie. Im ungarischen Teil der Monarchie gab es nur eine mit den führenden Wiener Häusern vergleichbare Bank – die *Ungarische Allgemeine Credit-Anstalt* –, die mit der Wiener *Creditanstalt* verbunden war. Ránki schätzte, daß diese Bank 1913 63 Industrieunternehmen kontrollierte, die zusammen etwa sechzehn Prozent des Gesamtkapitals ungarischer Aktiengesellschaften repräsentierten.²⁰

Als Experten des Völkerbundes das erschütterte Nachkriegs-Finanzsystem Österreichs untersuchten, bemerkten sie im berühmten *Layton-Rist Report* zur Funktion der Wiener Banken vor 1918: „Jede einigermaßen bedeutende Operation, die den wirtschaftlichen Bedürfnissen der Länder diene, ob es sich nun um eine Emission, um die Bildung eines Syndikats, um die Plazierung einer Anleihe oder bloß um einen größeren Industriekredit handelte, wurde von den Wiener Banken übernommen, geleitet und zum großen Teil auch durchgeführt. Die Beziehungen mit der internationalen Finanz waren in Wien konzentriert. In Wien wurden die Auslandskredite für das ganze Reich kontingentiert und repartiert. Die Wiener Banken waren es, welche die Durchdringung von Ost- und Südosteuropa mit österreichischem Kapital leiteten.“²¹

Mit dem Auseinanderbrechen der Monarchie im Jahr 1918 fanden sich die Wiener Universalbanken plötzlich mitten unter nunmehr multinational diversifizierten Konzernen.²² Während der kurzen Periode von 1919 bis 1923

19 Fritz Weber, Die österreichischen Großbanken in der Zwischenkriegszeit, in: *Christliche Demokratie* 4 (1985), 323.

20 György Ránki, The Hungarian General Credit Bank in the 1920s, in: Teichová u. Cottrell, *International business*, wie Anm. 11, 356.

21 Walter T. Layton u. Charles Rist, *Die Wirtschaftslage Österreichs, Wien 1925*, 86.

22 Philip L. Cottrell und ich haben diese spezielle Periode auch behandelt: Philip L. Cott-

wurden die führenden Wiener Banken von internationalem Kapital durchdrungen. Trotz dieser plötzlichen Veränderungen war die weitere Entwicklung der Verflechtung von Banken und Industrie innerhalb der Nachfolgestaaten in der Zwischenkriegszeit stark von den Charakteristika der Vorkriegszeit geprägt. Dementsprechend entwickelte sich die Banken-Industrie-Struktur in Österreich, der Tschechoslowakischen Republik, in Ungarn, Italien, Polen und Jugoslawien nach der Auflösung der Doppelmonarchie parallel.

Wenn man die gemeinsamen Charakteristika dieses Bankensystems, das von den einzelnen Staaten ‚geerbt‘ wurde, zusammenfaßt, kann man folgendes festhalten: Die Rolle der Universalbanken als Finanziers von Industrieunternehmen blieb aufrecht. Ein Teil des Vermögens der Banken bestand aus Industrieaktien, deren Wert unter den Bedingungen der Krise fiel, was zu ihrer Illiquidität weitgehend beitrug, sogar wenn die Banken diese Aktien gerne am Kapitalmarkt verkauft hätten. Inländische Einlagen waren meist unzureichend und nahmen gegen Ende der 1920er Jahre auch noch ab. Es tauchten beständig Liquiditätsprobleme auf. In der Krise der dreißiger Jahre scheiterten die Banken an ihren enormen Schulden, und die Konzentrationstendenz innerhalb des Bankensektors intensivierte sich durch Fusionierungen. Gegen Ende der Zwischenkriegszeit (1937) waren 75 Prozent der Anteile von Kommerzialbanken in Rumänien und Jugoslawien und zumindest 30 Prozent in Polen und Bulgarien in ausländischer, vorwiegend westlicher Hand. Während sich ein relativ hoher Anteil der Aktien österreichischer Universalbanken in ausländischem Besitz befand (genauere statistische Angaben sind derzeit noch nicht verfügbar), waren nicht mehr als fünfzehn Prozent des Gesamtkapitals aller Aktienbanken der Tschechoslowakei in ausländischem Eigentum.²³

rell, *Aspects of Western equity investment in the banking systems of East Central Europe*, in: Teichová u. d. ers., *International business*, wie Anm. 11, 309–347; ders., *Austria between diplomats and bankers 1919–1931*, in: Gustav Schmidt, Hg., *Konstellationen internationaler Politik 1924–1932*, Bochum 1983, 292–311; Alice Teichová, *Versailles and the expansion of the Bank of England into Central Europe*, in: Norbert Horn u. Jürgen Kocka, Hg., *Recht und Entwicklung der Großunternehmen im 19. und frühen 20. Jahrhundert*, Göttingen 1979, 366–387.

23 Alice Teichová, *An economic background to Munich. International business and Czechoslovakia 1918–1938*, Cambridge 1974, 342; dies., *East-central and south-east Europe, 1919–1939*, in: Peter Mathias u. Sidney Pollard, Hg., *The Cambridge economic history of Europe*, Bd. 8, Cambridge 1989, 924.

Die Entwicklung des tschechischen Bankensystems in der Monarchie und während der Existenz des unabhängigen tschechoslowakischen Staates zwischen 1918 und 1938 unterschied sich in vielerlei Hinsicht von jener der anderen Nachfolgestaaten. Schon während des Konjunkturaufschwungs zwischen 1907 und 1912 erreichten die tschechischen Banken eine dominante Stellung auf dem böhmischen, mährischen und schlesischen Kapitalmarkt. Es gelang ihnen, die deutsch-tschechischen Banken durch eine höhere Kapitalkonzentration, durch den Aufbau stärkerer industrieller Konzerne und zentral kontrollierter Branchennetzwerke innerhalb der Österreichisch-Ungarischen Monarchie und darüberhinaus in den östlichen und südöstlichen Nachbarländern von ihrem Markt zu verdrängen.²⁴ Die tschechischen Universalbanken, insbesondere die stärkste unter ihnen – die *Živnostenská banka* (Gewerbebank) – stellten für die Wiener Finanzinstitutionen eine Bedrohung dar. Für ihre kompetitive Expansion in die slawischen Teile der Österreichisch-Ungarischen Monarchie benützten sie nationalistische Parolen wie „gemeinsame slawische Interessen“ oder „slawische Bruderschaft“ gegen die etablierten Wiener und Budapester Banken. Obwohl zu Beginn des Ersten Weltkriegs das Kapital der 22 größten Wiener Banken noch immer 71,4 Prozent des gesamten Bankkapitals in Cisleithanien darstellte, war der tschechische Anteil von vier Banken und 7,9 Prozent im Jahre 1900 auf dreizehn Banken und 13,3 Prozent des gesamten Bankkapitals 1913 angewachsen.²⁵

Seit der Jahrhundertwende baute die tschechische Nationalbewegung mit der Kooperativbewegung und den kleinen Sparkassen in Böhmen und Mähren eine finanzielle Macht auf, die durch ihre Zentralorganisationen den großen tschechischen Banken und ihren Klienten in Praha und Brno, wo die eigentlichen Zügel der finanziellen und wirtschaftlichen Macht nach der Errichtung der unabhängigen Tschechoslowakischen Republik 1918 konzentriert waren, akkumuliertes Kapital zur Verfügung stellte.²⁶

24 Ctibor Nečas, *Na prahu české kapitálové expanze* [Auf dem Höhepunkt der tschechischen Kapitalexpansion], Brno 1987.

25 Jacob Riesser, *Die deutschen Großbanken und ihre Konzentration im Zusammenhang mit der Entwicklung der Gesamtwirtschaft in Deutschland*, Jena 1912; Zdeněk Jindra, *K rozvoji českého bankovního kapitálu před první světovou válkou* [Die Entwicklung des tschechischen Bankkapitals vor dem Ersten Weltkrieg], in: *Československý časopis historický* 5 (1957), 506–526.

26 Alice Teichová, *The Czechoslovak economy 1918–1980*, London u. New York 1988, 29, 47.

Im Vergleich zu Österreich nach 1918, wo der Sparkassensektor kaum heimische Ressourcen für die Kommerzialbanken bereitstellte und erst im Dezember 1937 zur Girovereinigung der Sparkassen zusammengeschlossen wurde, gründeten die tschechischen Sparkassen bereits im Juni 1902 die *Ústřední banka českých spořitelén (Sporobanka)* (Zentralbank der tschechischen Sparkassen). Diese wurde zu einer konstanten Geldquelle für die großen tschechischen Banken, in denen die konzentrierten Ersparnisse angelegt wurden. Obwohl das tschechische Bankensystem gegenüber den Krisen der Zwischenkriegszeit keineswegs immun war, verhinderte es Zusammenbrüche im Vergleich zum österreichischen Bankensystem; vor allem war die Geschäftspolitik der *Živnostenská banka* – im historischen Kontext betrachtet – in bezug auf Kreditvergabe für Industrieunternehmen oder Dividendenzahlungen vorsichtiger als die der großen Wiener Universalbanken und wesentlich weitsichtiger in bezug auf die Reservenbildung.²⁷

Im Falle Wiens, bis zum Zerfall der Monarchie Finanzzentrum des Donauraumes, wurden die Bank-Industrie-Verbindungen durch die Auflösung der Monarchie stark getroffen, obwohl die großen Wiener Kommerzbanken versuchten, weiterhin *business as usual* zu betreiben, wenn auch in einem sehr veränderten Rahmen. In der Erwartung, wieder an die Spitze des Finanzsystems zu gelangen, behielten die Wiener Banken in der Kreditfinanzierung zumindest einen Teil ihrer Geschäfte in den Nachfolgestaaten aufrecht.²⁸ Diese Politik verfolgte man trotz der Aufgabe der meisten Industriebranchen (von den 143 Branchen, die die zehn größten Wiener Banken außerhalb Österreichs 1918 besessen hatten, blieben 1924 nur neun).²⁹ Weite Teile der von Wiener Banken mitfinanzierten Industrieunternehmungen gingen durch den Nostrifizierungsprozeß in den Nachfolgestaaten, der den Transfer der Unternehmensleitungen von Wien in die neuen Staaten einschloß, verloren. Vor allem büßten die Wie-

27 Vlastislav Lacina, *Živnobanka a její koncern v letech velké hospodářské krize (1929–1934)* [Die Živnobanka und ihr Konzern während der Weltwirtschaftskrise], in: *Československý časopis historický* 31 (1983), 350–377; ders., *Živnostenská banka před a během první světové války (1907–1918)* [Die Živnostenská banka vor und während des Ersten Weltkrieges], in: *Československý časopis historický* 38 (1990), 276–303.

28 März, Österreichische Bankpolitik, wie Anm. 15, 352 f.

29 Compass, Bd. 1, 1919 und 1925.

ner Banken die Kontrolle über jene höchst profitablen Industrieunternehmen ein, die sich nun hinter der tschechoslowakischen Grenze befanden.³⁰

Im Unterschied zu deutschen Banken, die sich nach 1918 gegen eine Einflußnahme von außen wehrten³¹, bemühten sich die Wiener Banken ganz besonders, Kapital aus den Entente-Ländern anzulocken. Wie die österreichische Regierung glaubten auch die Bankmanager, daß die geschrumpfte österreichische Wirtschaft ohne Hilfe von außen nicht lebensfähig sei.³² Während der Inflation der frühen zwanziger Jahre schoß der Bedarf der Industrieunternehmen an Krediten geradezu in die Höhe, und die Banken deckten die Nachfrage ihrer Industriekunden – allerdings um den Preis, den österreichischen Finanzsektor tiefer und tiefer in die Fremdverschuldung zu stürzen. Die wachsende Verschuldung der Wiener Banken erfolgte in Westeuropa und in den USA. Lediglich gemessen an der kurzfristigen Auslandsverschuldung der größten Wiener Banken, erhöhte sich die Verschuldung zwischen 1924 und 1930 ungefähr auf das Dreifache, nämlich von 370 auf 980 Millionen Schilling.³³

Verglichen mit der Zeit vor 1913 war die Industrie zu einem viel höheren Grad von Bankanleihen abhängig, während umgekehrt die Banken ihre Anteile an von ihnen abhängigen Firmen erhöhten. Die Finanzierung durch die Banken wurde zunehmend dadurch geprägt, daß die Banken kurzfristige Geldanleihen aufnahmen, dieses Kapital aber dann längerfristig verliehen. Diese Politik war keineswegs altruistisch, denn die Banken mußten, um ihre eigene Kreditwürdigkeit aufrechtzuerhalten, ihre industriellen Schuldner liquide halten. Auf diese Weise wurde ein Wachstum vorgetäuscht, um Industrieverluste abzudecken und Dividenden aufrechtzuerhalten. Obwohl derartige Tarnungsmanöver auch in anderen Ländern nicht unbekannt waren, war ihr Ausmaß unter permanenten Krisenbedingungen meiner Meinung nach charakteristisch

30 Teichová, *Economic background*, wie Anm. 23, 339 f.; dies., *Versailles*, wie Anm. 22, 372; dies., *Kleinstaat in Spannungsfeld der Großmächte. Wirtschaft und Politik in Mittel- und Südosteuropa in der Zwischenkriegszeit*, Wien 1988, 57–63.

31 Gerald D. Feldman, *Foreign penetration of German enterprises after the First World War*, in: Alice Teichová, Maurice Lévy-Leboyer u. Helga Nußbaum, Hg., *Historical studies in international corporate business*, Cambridge u. Paris 1989, 87–110.

32 Teichová, *Kleinstaat*, wie Anm. 30, 87–89.

33 Hans Kernbauer und Fritz Weber, *Multinational banking in the Danube basin*, in: Teichová, Lévy-Leboyer u. Nussbaum, *Multinational enterprise*, wie Anm. 2, 193. Vgl. die deutsche Übersetzung in diesem Heft.

für Österreich. Die Banken hatten auf eine Wiederbelebung der Wirtschaft gehofft, doch dies erwies sich als illusorisch, und Wien erlangte seine führende Rolle im Finanz- und Bankwesen nicht wieder.

Wie auch in anderen Volkswirtschaften, aber in ungewöhnlich hoher Zahl, begannen sich Mitte der zwanziger Jahre Wiener Banken zu fusionieren. Diese Zusammenlegungen erfolgten nach den zügellosen Spekulationen in der Periode bis 1924, die von staatlicher Seite unkontrolliert geblieben waren, weil es keine effektive Bankengesetzgebung gegeben hatte. Im Chaos der Hyperinflation wurde von der österreichischen Bundesregierung eine Bankenkommission eingerichtet, die den Auftrag zur Entwicklung von Gesetzen erhielt, um die Bankpraktiken zu kontrollieren und betrügerische Börsenspekulation zu unterbinden. Ihre Arbeit wurde allerdings lahmgelegt und die Kommission 1926 ohne Ergebnis wieder aufgelöst.³⁴ Bankenzusammenbrüche und Finanzkrisen dauerten an und führten zu weiteren Fusionierungen. Im Jahre 1929 gab es nur noch vier der acht großen Wiener Bankinstitute. In jedem Fall gelangte die überlebende Bank, die aus dem Prozeß der Fusion und Konsolidierung hervorging, in den Besitz einer größeren Zahl von bankabhängigen Industrieunternehmen und weiterer Pakete unverkäuflicher Aktienanteile. Zusätzlich wurden die überlebenden Bankinstitute mit einer weiter steigenden Nachfrage nach Krediten konfrontiert. Die Fusionierungen, die weitgehend aus den Bewegungen des Marktes hervorgingen, erreichten 1929 ihren Höhepunkt, als die *Österreichische Creditanstalt für Handel und Gewerbe* die *Allgemeine Österreichische Boden-Credit-Anstalt* aufzog, nachdem sie sich zuvor im Jahre 1926 die *Anglo-Österreichische Bank* einverleibt hatte. Das war allerdings keine Lösung, denn die *Creditanstalt* selbst brach im Mai 1931 spektakulär zusammen.³⁵ Dies sandte, wie allgemein bekannt ist, Schockwellen aus und verschlimmerte die internationale Bankenkrise desselben Sommers. Die gesamte österreichische Wirtschaft, bereits durch die allgemeine Depression erschüttert, wurde noch tiefer in die Krise gezogen.

Die österreichische Bundesregierung und die Oesterreichische Nationalbank starteten eine Rettungsaktion für die *Creditanstalt*. Durch eine ‚Ver-

34 Allgemeines Verwaltungsarchiv (AVA), Wien, BKA, Inneres Präsidium, Karton 67, Bankkommission: Die Tätigkeit der Bankkommission (1922–1926).

35 März u. Weber, Commentary, wie Anm. 11; Dieter Stiefel, Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise. Die Krise der Creditanstalt für Handel und Gewerbe 1931, Frankfurt am Main 1989.

staatlichung' der enormen Verluste der Bank sollten ausländische Kreditgeber zufriedengestellt werden; die Fusionierung mit dem *Wiener Bankverein* 1934 führte praktisch zur Etablierung eines Ein-Banken-Systems. Wie in Deutschland bedeutete dies nicht die Verstaatlichung dieser Großbanken, sondern deren Wiederaufbau mit Unterstützung des Staates. Die Schuldenlast des insolventen Bankenimperiums wurde auf die Schultern der Regierung geladen. Die finanziellen Garantien der Bundesregierung retteten indirekt auch die Industrieunternehmen der Bank, weil die meisten ihrer Schulden gestrichen wurden.³⁶

Der Staat wurde zum Mehrheitseigentümer der *Creditanstalt*, die auch nach 1934 als führende Universalbank des Landes fungierte – wenn auch in einem reduzierten Ausmaß. Das Bankensystem wurde von insgesamt drei Banken getragen, aber die anderen beiden Banken waren die Niederlassung eines tschechoslowakischen Instituts, der Prager *Živnostenská banka*, und die *Länderbank*, die von der Pariser *Banque des Pays de l'Europe Centrale* kontrolliert wurde. Im Zuge der Rekonstruktion der *Creditanstalt* hatte die Führung der Bank nun zu entscheiden, welche der weiter abhängigen Industrieunternehmen zu liquidieren wären und welche weiterhin mit Krediten finanziert werden sollten.³⁷ Die damit verbundene Schrumpfung des Bankensystems wurde „Austrofizierung“ genannt, weil nicht nur die heimischen Industrieanteile reduziert, sondern auch alle ausländischen Anteile der *Creditanstalt* ihren Kreditgebern übereignet wurden.³⁸ Im Gegensatz zu Deutschland wurde die Bank nicht reprivatisiert. Die Mehrheit der Aktien verblieb in der Hand des mittlerweile austrofaschistischen Staates. Bis zum Zeitpunkt des Anschlusses hatte das österreichische Bankensystem wieder Profitabilität erlangt, wurde dann aber vollständig in das Dritte Reich integriert.

36 Weber, *Österreichische Großbanken*, wie Anm. 19, 345.

37 Alois Mosser u. Alice Teichová, *Investment behaviour of industrial joint-stock companies and industrial shareholding by the Österreichische Creditanstalt. Inducement or obstacle to renewal and change in interwar Austria*, in: Harold James, Håkan Lindgren u. Alice Teichová, Hg., *The role of banks in the interwar economy*, Cambridge u. Paris 1991, 122–157.

38 Dieter Stiefel, *The reconstruction of the Creditanstalt*, in: Teichová u. Cottrell, *International business*, wie Anm. 11, 415–430; ders., *Finanzdiplomatie und Weltwirtschaftskrise*, wie Anm. 35.

Abschließende Bemerkungen

Ohne einen *lender of the last resort* (finanziellen Nothelfer) waren die Universalbanken nicht in der Lage, mit der Krise der dreißiger Jahre fertig zu werden. Die Weltwirtschaftskrise bedeutete das Ende jener Kommerzbanken, die seit den 1880er Jahren entstanden waren. Im gesamten mittel- und osteuropäischen Bereich sahen sich Staaten gezwungen, einzuschreiten und Rettungsaktionen einzuleiten; die Verluste der großen Kreditbanken und ihrer großen Industrieklienten wurden überall ‚verstaatlicht‘, und der Staat übernahm das Eigentum dieser Banken entweder zur Gänze oder durch die Mehrheit der Aktienanteile. Aber dies führte nicht zum Sozialismus, wie Hilferding es erwartet hatte, im Gegenteil: Diese Aktionen retteten den Kapitalismus und unterstützten die Konzentrationsprozesse im Banken- und Industriesektor.

Was Österreich betrifft, überlebte das Universalbankwesen alle Veränderungen. Die Bankenorganisation blieb nach dem Anschluß an das Dritte Reich mit Ausnahme des Austausches jüdischer durch deutsche Direktoren im Kern unverändert; ihre Geschäfte waren darauf ausgerichtet, der Kriegsfinanzierung Hitlerdeutschlands zu dienen. In der Moskauer Erklärung wurde Österreich 1943 von den Alliierten als das „erste Opfer der nazistischen Aggression“ bezeichnet und erhielt im Absehn der deutschen Niederlage den Status der Unabhängigkeit zugesichert. Nach einem Jahrzehnt der alliierten Viermächtebesatzung erklärte Österreich 1955 seine immerwährende Neutralität. Die *Creditanstalt* wurde 1946 verstaatlicht, um zu verhindern, daß sie als deutsches Eigentum von den Alliierten beschlagnahmt wurde. Seit 1957 unterlag sie dem Prozeß gradueller Privatisierung, doch zumindest 51 Prozent ihres Eigenkapitals sollten in staatlicher Hand bleiben. Die *Creditanstalt* diente effektiv als die führende Finanzinstitution beim Wiederaufbau der gemischten Wirtschaft der Zweiten Republik. Seit 1989 zeigen die österreichischen Banken ein lebhaftes Interesse gegenüber den neuen Investitionsmöglichkeiten in mittel- und osteuropäischen Staaten, wo – im historischen Kontext – ihr traditioneller Markt gewesen ist.

Aus dem Englischen von Markus Cerman